
6566/J XXV. GP

Eingelangt am 23.09.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
betreffend Vernichtung von Arbeitsplätzen durch das rote Wien

Seit der Gewerbeordnungsnovelle 2002 ist das Handelsgewerbe ein freies Gewerbe, so dass in der Regel zur Ausübung kein Befähigungsnachweis erforderlich ist. Grundsätzlich richtet sich der Gewerbeumfang nach dem Wortlaut der Gewerbebeanmeldung.

Bei Anmeldung des Gewerbes "Handelsgewerbe mit Ausnahme der reglementierten Handelsgewerbe und Handelsagent" kommt der bisher relativ weite Gewerbeumfang zur Anwendung.

Viele Handelsgewerbe werden auch mit dem Standort Kiosk-Betrieb ausgeübt. Hier greifen allerdings Gebietskörperschaften wie die Stadt Wien massiv ein und verhindern die Ausübung, weil ihnen die dort tätigen Personen aus persönlichen oder politischen Gründen nicht passen.

Viele Kiosk-Betreiber geraten in die jahrelange Mühle der Wiener Bürokratie, wo Straßenverwaltung, Wiener Linien und Baubehörde ein „Ping Pong-Spiel“ betreiben, bis den Unternehmern ökonomisch die Luft ausgeht, weil sie mit ihren Anliegen oft bis vor die Höchstgerichte ziehen müssen.

Einer dieser Fälle ist der indischstammige Unternehmer Shiv Kishore (Marke Bobby's) per Anschrift Grüngasse 24/6, 1050 Wien, seit über 30 Jahren österreichischer Staatsbürger, den das rote Wien seit vielen Jahren schikaniert. Kishore, der laut eigenen Aussagen auch viele Jahre SPÖ-Mitglied war, wurden etwa im 6. und im 2. Wiener Gemeindebezirk seine Kioske einfach weggerissen, weil er als Person den Mächtigen in den jeweiligen roten Bezirksvertretungen nicht gepasst hat. Unter anderem schoss sich die ehemalige SPÖ-Bezirksvorsteherin Kaufmann aus Wien-Mariahilf auch persönlich auf Herrn Kishore ein und intervenierte in den verschiedenen Magistratsabteilungen, um seinen Unternehmensstandort zu vernichten. Dabei soll es auch immer wieder zu unterschwellig ausländischerfeindlichen Andeutungen gekommen sein.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Ein Abriss betraf den Standort Wien-Mariahilf, Mariahilfer Gürtel, vor U 6, Gumpendorferstraße, ein weiterer den Standort Wien-Leopoldstadt, Praterstern. Nach dem Abriss seiner Kioske wurden ihm auch keine Ersatzplätze angeboten, so dass er in seiner gewerberechlichen Tätigkeit fortlaufend behindert ist.

In diesem Zusammenhang richten die gefertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen dieser Fall des ehemaligen SPÖ-Parteigängers Shiv Kishore (Marke Bobby`s) bekannt?
2. Wie beurteilen Sie diese Vorgangsweise im Hinblick auf die vom BMWFW bzw. der Regierung zu vollziehenden Gesetze, die eine Diskriminierung im Wirtschaftsleben auf Grund der Herkunft und Religion usw. eigentlich ausschließt?
3. Wie viele Arbeitsplätze sind durch den Abriss der beiden Kioske vernichtet worden?
4. Welche Möglichkeit bietet das BMWFW nach den einschlägigen Regelungen des Antidiskriminierungsrechts, um gegen eine Diskriminierung wegen Herkunft und Religion, wie sie in diesem Fall offensichtlich Platz gegriffen hat, vorzugehen?
5. Wie viele Kiosk-Standorte sind durch die Stadt Wien überhaupt in den letzten Jahren vernichtet worden?
6. Wie viele Inhaber eines Handelsgewerbes haben damit ihren Geschäftsstandort verloren und können somit ihr Gewerbe nicht mehr oder nicht mehr in diesem Ausmaß durchführen?
7. Warum wurden den Inhabern eines Handelsgewerbes, die durch öffentlich-rechtliche Entscheidungen bzw. Entscheidungen der Stadt Wien als Inhaber von Privatrechten ihren Geschäftsstandort verloren haben, keinen Ersatzstandorte angeboten?